I. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)

1.1.1 Nähere Bestimmung der zulässigen Nutzung/Gliederung der Baugebiete (§ 1 Abs. 4-9 BauNVO)

1.1.1.1 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklassen I bis VII der Abstandsliste zum Abstandserlass 2007 (Anhang 1 zum Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V - 3 - 8804.25.1 v. 06.06.2007) nicht zulässig (§ 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO).
Ausnahmsweise können Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse VII der Abstandsliste 2007 des Abstandserlasses NRW (RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V - 3 - 8804.25.1 v. 06.06.2007) und Betriebe und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten zugelassen werden, wenn durch Gutachten eines Sachverständigen nachgewiesen wird, dass durch die Emissionen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, erhebliche Belästigungen, erhebliche Nachteile und sonstige Gefahren entstehen können (§ 31 Abs. 1 BauGB).
Die geltenden Immissionsrichtwerte zur Beurteilung von Gewerbelärm aus Anlagen, die dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) unterliegen und Anlagenlärm (TA-Lärm) festgelegt.

1.1.1.2 In den Gewerbegebieten GE1 und GE 2 sind Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevantem Sortimenten gemäß der Sortimentsliste Masterplan Einzelhandel Stadt Essen 2011 nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 9 BauNVO).

1.1.1.3 Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes sind Trödelmärkte nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 9 BauNVO).

1.1.1.4 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind folgende baulichen und sonstigen Anlagen nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 9 BauNVO):

1. Anlagen zum Erzeugen, Behandeln, Abfüllen, Umschlagen oder Verteilen wassergefährdender Stoffe gem. Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen - AwSV vom 18.April 2017 (BGBl. I S. 905)
2. Anlagen zur Lagerung wassergefährdender Stoffe der Wassergefährdungsklasse WGK2 und WGK3, ausgenommen sind Anlagen zur Lagerung der Stoffe für den eigenen Bedarf
3. Anlagen zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, zum Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe und zum Erzeugen ionisierender Strahlen sowie das Lagern, Verwenden, Umschlagen oder Ablagern radioaktiver Stoffe. Ausgenommen Anlagen zur Verwendung und Lagerung im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Meß- und Regeltechnik.
4. Abfallentsorgungsanlagen einschließlich Anlagen zum Lagern oder Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott oder Altreifen
5. Anlagen zum Lagern oder Ablagern von Bergematerial
6. Schießstätten
7. Anlagen, mit denen Erdwärme dem Untergrund entnommen, aufbereitet oder verteilt wird (Geothermieanlagen)
8. Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser auf den Grundstücken.

1.1.1.5 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind Bordelle und vergleichbare Nutzungen, in denen der gewerbsmäßigen Prostitution nachgegangen wird, nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 9 BauNVO).

1.1.1.6 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind Vergnügungsstätten nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 BauNVO).

2. Natur, Landschaft und Begrünung (§ 9 Abs. 1 BauGB)

2.1 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind Grabungen und Abgrabungen mit einer Tiefe von mehr als 2 Metern oder einer Fläche mit mehr als 10 m² mit Ausnahme von Gräben zur Leitungsverlegung und zur Erstellung von Baugruben nicht zulässig.
Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist die gezielte Versickerung von Niederschlagswasser der öffentlichen und privaten Verkehrsflächen einschließlich der Stellplätze und Zufahrten nicht zulässig.

2.2 Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

2.2.1 Flachdächer und flach geneigte Dächer der obersten Geschosse sind mindestens extensiv zu begrünen.
Die Mindeststärke der Drän-, Filter- und Vegetationstragschicht beträgt 6 cm. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten.
Von der Begrünungspflicht ausgenommen sind Dachflächenbereiche, die für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, für erforderliche haustechnische Einrichtungen oder für Tageslicht-Beleuchtungselemente genutzt werden.

2.2.2 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind die festgesetzten Pflanzflächen dauerhaft zu begrünen; dabei ist pro Grundstück je angefangene 200 m² Pflanzfläche ein standortgerechter, mindestens mittelkroniger Laubbaum, in der Pflanzgüte von mindestens Stammumfang 18-20 cm, anzupflanzen; die Bäume sind über die Pflanzfläche verteilt zu pflanzen. Dort, wo eine entsprechende Bepflanzung mit Bäumen vorhanden ist, ist eine Anpflanzung nicht erforderlich. Diese An- und Bepflanzungen sind dauerhaft zu erhalten; ausfallende Bäume sind entsprechend nachzupflanzen.
In den Pflanzflächen sind erforderliche Zuwegungen und Zufahrten zulässig.

2.2.3 Auf privaten Pkw-Stellplatzanlagen ist pro 5 Stellplätzen ein standortgerechter, mindestens mittelkroniger Laubbaum, in der Pflanzgüte von mindestens Stammumfang 18-20 cm, anzupflanzen; die Bäume sind über die Stellplatzanlage verteilt anzupflanzen; die Baumbereiche müssen mindestens 1,5 m groß und begrünt sein, sie sind mit einem Anfahrschutz zu versehen. Diese Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten; ausfallende Bäume sind entsprechend nachzupflanzen.

3. Bauliche und sonstige Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

In dem mit dem Symbol Ⓐ gekennzeichneten Bereich des GE 2 sind bei Vorhaben, die der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen im Sinne von § 29 BauGB dienen, aufgrund der Lärmbelastung der Straßen Pfläsweidenweg und Ruhrau sowie des Schienenverkehrs der Bahnstrecken von Essen-Steele nach Hattingen / Bochum und von Essen-Steele nach Essen-Überruhr für die Gebäude bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zur Lärmminderung zu treffen.

Die zu treffenden baulichen oder sonstigen technischen Vorkehrungen müssen sicherstellen, dass sie eine Schallpegeldifferenz bewirken, die zur Nichtüberschreitung folgender Innenraumpegel durch Verkehrslärm (Mittelungspegel gemäß VDI-Richtlinie 2719, August 1987, „Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen") führt:

	Raumart	Mittelungspegel
1.	Schlafräume nachts	
1.1.	in Reinen und Allgemeinen Wohngebieten, Krankenhaus- und Kurgebieten	30 dB(A)
1.2.	in allen übrigen Gebieten	35 dB(A)
2.	Wohnräume tagsüber	
2.1	in Reinen und Allgemeinen Wohngebieten, Krankenhaus- und Kurgebieten	35 dB(A)
2.2	in allen übrigen Gebieten	40 dB(A)
3.	Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber	
3.1	Unterrichtsräume, ruhebedürftige Einzelbüros, wissenschaftliche Arbeitsräume,Bibliotheken, Konferenz- und Vortragsräume, Autpraxen, Operationsräume, Kirchen, Aulen	40 dB(A)
3.2	Büros für mehrere Personen	45 dB(A)
3.3	Großraumbüros, Gaststätten, Schalterräume, Läden	50 dB(A)

Die Tabelle ist nur insoweit anwendbar, als die dort genannten Raumarten nach den Festsetzungen über die Art der baulichen Nutzungen zulässig ist.
Die Innenraumpegel sind vorrangig durch die Anordnung der Baukörper und/oder geeignete Grundrissgestaltung einzuhalten. Ist dies nicht möglich, muss ein ausreichender Schallschutz durch bauliche Maßnahmen an Außenbauteilen, Fenstern, Außenwänden und Dächern der Gebäude geschaffen werden.
Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sowie in Verfahren, nach denen Vorhaben von der Genehmigung freigestellt sind, ist als Bestandteil der Bauvorlagen des Bauherrn/Antragstellers auf den Einzelfall abgestellt der Nachweis der korrekten erforderlichen Schallschutzmaßnahmen auf der Grundlage der VDI-Richtlinie 2719 zu erbringen.

4. Bedingte Festsetzung nach § 9 Abs. 2 BauGB

Bis zum Entfall des Leitungsrechts der Belastungsfläche 1 zugunsten des Ruhrverbandes ist die bauliche Nutzung der Leitungstrasse unzulässig. Die Nutzung der nach § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzten Fläche werden am Tag nach Bestandskraft des Freistellungsbescheides zulässig.

II. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

1. Hochspannungsfreileitungen

Innerhalb des Plangebietes verlaufen Hochspannungsfreileitungen der Westnetz GmbH. Folgende Anforderungen des Leitungsträgers sind zu beachten:

- Der Schutzstreifen der Leitung wird für Bauwerke mit einer Bauhöhe von maximal 62,00 m über NHN ausgewiesen.
- Die Gebäude erhalten eine Bedachung nach DIN 4102 "Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen", Teil 7. Glasdächer sind nicht zulässig.
- Im Schutzstreifen der Leitung dürfen nur solche Anpflanzungen vorgenommen werden, die eine Endwuchshöhe von maximal 7 m erreichen.
- Um die Maste herum muss eine Fläche mit einem Radius von 15,00 m von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freigehalten werden. Dieser Bereich kann teilweise als Parkplatz oder Stellplatzfläche genutzt werden. Bei solch einer Nutzung kann in Abstimmung mit dem zuständigen Leitungsträger ein kostenpflichtiger Anfahrschutz für die Masten erforderlich werden.

- Von den einzelnen ggf. auch nicht genehmigungspflichtigen Bauvorhaben im Schutzstreifen der Leitung bzw. in unmittelbarer Nähe dazu sind der RWE Deutschland AG Bauunterlagen (Lagepläne und Schnittzeichnungen mit Höhenangaben in m über NHN) zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme bzw. dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer/Bauherrn zuzusenden. Alle geplanten Maßnahmen bedürfen der Zustimmung der Westnetz GmbH.

2. Wasserschutzgebiet

Das Verfahrensgebiet liegt im Bereich einer geplanten Wasserschutzzone der Kategorie III A1. Die Schutzzone soll den Schutz einer Trinkwassergewinnungsanlage vor weitreichenden Beeinträchtigungen besonders durch nicht oder nur schwer abbaubare chemische oder radioaktive Verunreinigungen gewährleisten. Neben den unter I. festgesetzten Nutzungsausschlüssen ist mit weiteren Nutzungseinschränkungen auf anderer Rechtsgrundlage zu rechnen, wie dem Verbot der Verwendung von chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung.

III. Hinweise

1. Relevante Unterlagen

Sämtliche bei der Planaufstellung angewandten Richtlinien, Verordnungen, Satzungen, Erlasse, technische Regelwerke, DIN-Normen und sonstigen Vorschriften können im Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Deutschlandhaus, Lindenallee 10, 5. Etage, Zimmer 501 an jedem behördlichen Arbeitstag während der Dienststunden eingesehen werden.

2. Gutachten

Folgende Gutachten liegen dem Bebauungsplan zugrunde:
- Verkehrsuntersuchung für den B-Plan Pläßweideweg, TSC Beratende Ingenieure für Verkehrswesen GmbH & Co. KG, Kennedyplatz 8 in 45127 Essen, Februar 2017
- Orientierende Gefährdungsabschätzung, FB 59-4/Umweltamt, 21.12.2009
- Gutachterlicher Bericht „Grundwasserverhältnisse im Bereich des Sportplatzes Pläßweidenweg", St. A. 62-8-3 (heute FB 59-4), 04.04.1990
- Gutachterlicher Bericht „Pläßweidenweg Baugrund", FB 59-4, 20.02.2014
- „Verkehrsgutachten B-Plan Pläßweidenweg in Essen - Ergänzende Betrachtung zur Durchfahrung Pläßweidenweg", TSC Beratende Ingenieure für Verkehrswesen GmbH & Co. KG, Essen, März 2018
- Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 5/14 „Pläßweidenweg" in Essen - Peutz Consult, Dortmund, August 2018

3. Städtische Satzungen

Baumschutz
Satzung zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Essen (Baumschutzsatzung) vom 06.07.2001 (Amtsblatt der Stadt Essen, Nr. 28, S. 227), geändert durch die Satzung vom 06.10.2005 (Amtsblatt der Stadt Essen, Nr. 41, S. 318).

4. Umgang mit Bodendenkmälern

Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Bodenfunde/-denkmäler entdeckt werden.
Diese sind unverzüglich der Stadt Essen (Untere Denkmalbehörde) anzuzeigen.

5. Einleitung von Grundwasser

Die Einleitung von Grundwasser (z.B. Drainagewasser, Grubenwasser) in die öffentliche Kanalisation ist gemäß § 7 Abs. 5 der Entwässerungssatzung der Stadt Essen grundsätzlich nicht zulässig.

6. Altlastenverdachtsflächen

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes durch sonstige Signatur (Y-Linie) dargestellten Flächen sind im Kataster über Altstandorte und Altablagerungen der Stadt Essen unter den Katasternummern:
46/2.01 - Verfüllung Pläßweideweg/Ruhrau (Gefährdungsabschätzung vorhanden)
46/2.02 - Verfüllung Pläßweideweg (Gefährdungsabschätzung vorhanden)
34/2.21 - Verfüllung Henglerstraße/Grenobleastraße
46/3.04 - Gaswerk Dahlhauser Straße/Pläßweideweg (Gefährdungsabschätzung vorhanden)
ohne Nr. - Sportplatz Pläßweideweg (Untersuchungen vorhanden)
erfasst.
Im Rahmen nachgeschalteter Genehmigungsverfahren ist mit Auflagen und Nebenbestimmungen (z.B. gutachterliche Begleitung, Bodenaustausch/-auftrag) zur Altlastenproblematik zu rechnen.

7. Umgang mit anfallendem Bodenaushub

Der bei den Erdarbeiten als Abfall anfallende Aushub bzw. Bauschutt ist ordnungsgemäß und schadlos gemäß § 7 Abs. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zu entsorgen. Die Pflicht zur Verwertung von Abfällen ist einzuhalten, soweit dies technisch und wirtschaftlich zumutbar ist.
Für den Fall, dass eine Verwertung nicht möglich ist, sind die Gründe hierfür darzulegen. Dies kann z.B. dann gegeben sein, wenn die Beseitigungsmaßnahme die umweltverträglichere Lösung darstellt.
Soweit Aushubmassen nach Vorgaben des Bundesbodenschutzrechtes an Ort und Stelle nicht wieder eingebaut werden können und aufgrund von Schadstoffbelastungen als gefährlicher Abfall gemäß der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) einzustufen sind, sind die Vorschriften der Nachweisverordnung (NachwV) hinsichtlich der Nachweis- und Registerführung zu beachten.
Die erfolgte Verwertung bzw. Beseitigung der angefallenen Abfälle ist der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde im Umweltamt der Stadt Essen, Rathaus/Porscheplatz, 45121 Essen, Email: uawb@umweltamt.essen.de, durch Vorlage geeigneter Belege (möglichst in digitaler Listenform) nachzuweisen.

8. Kampfmittel

Bei Baumaßnahmen mit erheblichen Erdeingriffen (> 80 cm) ist für die von der Baumaßnahme betroffenen Flächen eine Überprüfung auf Kampfmittel zu beantragen.
Vor Durchführung evtl. erforderlicher größerer Bohrungen (z.B. Pfahlgründungen) sind Probebohrungen (70 bis 120 mm Durchmesser im Schneckenbohrverfahren) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff- oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Danach soll eine Überprüfung dieser Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden erfolgen.
Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist umgehend der Kampfmittelräumdienst der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.

9. Bauhöhen

Soweit im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Gebäude, Gebäudeteile, sonstige bauliche Anlagen, untergeordnete Gebäudeteile oder Aufbauten wie z.B. Antennenanlagen geplant oder realisiert werden, die einzeln oder zusammen eine Höhe von 30 m über Grund übersteigen, ist in jedem Einzelfall eine Abstimmung mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr durchzuführen.

10. Grundwassermessstellen

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplans durch Signatur gekennzeichneten Grundwassermessstellen sind zu sichern, zu erhalten, instand zu setzen bzw. zu ersetzen.

11. Löschwasserversorgung

Für das Bebauungsgebiet ist eine Löschwassermenge von 96 m³ gemäß dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW sicherzustellen. Zur Entnahme des Löschwassers sind Unterflurhydranten in einem Abstand von max. 120 m erforderlich.
Die Hydranten sind so anzuordnen, dass der Einsatz von Standrohren zur Wasserentnahme nicht durch parkende Fahrzeuge behindert wird und die freie Stasendurchfahrt nicht beeinträchtigt wird.
Die Erschließungsstraßen sind notwendige Feuerwehrzufahrten. Bei der Planung und beim Ausbau der Straßen sind somit bezüglich der Abmessung, Befestigung und Kurvenradien die Bestimmungen des § 5 der BauO NRW sowie Ziffer 5 der VV zur BauO NRW einzuhalten. Bei der Befestigung sind - entgegen § 5 BauO NRW - 20 t zu berücksichtigen.

Sortimentsliste Masterplan Einzelhandel Stadt Essen 2011

zentrenrelevante Sortimente	davon nahversorgungs-relevant	nicht zentrenrelevante Sortimente
Babyausstattung, Kinderwagen, - sitze	(Schnitt-)Blumen	baumarktspezifisches Kernsortiment (6)
Bekleidung/ Lederwaren/ Schuhe	Drogerie, Kosmetik (4)	Beleuchtungskörper, Lampen
Bücher	Kosmetika und Parfümerieartikel	Bodenbeläge, Teppiche,
Foto/ Optik/ Akustik	Nahrungs- und Genussmittel (5)	Boote und Zubehör
Geschenkartikel	Papier/ Schreibwaren/ Büroorganisation	Büromöbel und -maschinen
Glas, Porzellan, Keramik	Pharmazeutika, Reformwaren	Elektrogroßgeräte
Haus-, Heimtextilien (1)	Tiere und Tiernahrung, Zooartikel	Möbel / Matratzen
Haushaltswaren, Elektrokleingeräte	Zeitungen/ Zeitschriften	motorisierte Fahrzeuge aller Art (ohne Fahrräder mit Hilfsmotor) und Zubehör (8)
Kunstgewerbe/ Bilder und Rahmen		gartencentenspezifisches Kernsortiment (7)
Leder- und Kürschnerwaren		Fahrräder und Zubehör
Medien (2)		
Musikalien		
Nähmaschinen		
Sanitätswaren		
Spielwaren, Bastelartikel		
Sport- und Freizeitartikel (3)		
Uhren/ Schmuck		
Waffen, Jagdbedarf		

Erläuterungen:
(1) Haus- und Heimtextilien; Stoffe; Kurzwaren, Handarbeiten, Wolle; Gardinen und Zubehör, Bettwaren
(2) Unterhaltungselektronik; Tonträger; Computer und Kommunikationselektronik
(3) einschließlich Sportgeräte, Campingartikel
(4) Drogeriewaren, Parfümerie und Kosmetikartikel, Wasch- und Putzmittel, Tapeten, Holz
(5) inkl. Getränke als Kistenware
(6) Bad-, Sanitäreinrichtungen und -zubehör; Bauelemente, Baustoffe, Beschläge, Eisenwaren; Fliesen; Installationsmaterial; Heizungen, Öfen, Rollläden, Markisen; Werkzeuge
(7) Gartenbedarf (z.B. Erde, Torf); Gartenhäuser, -geräte; Pflanzen und -gefäße
(8) Zubehör wie Ersatzteile u.ä.m.

Abstandsliste 2007

Römische Ziffern = Abstandsklassen

Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung und sonstige für den Immissionsschutz bedeutsame Abstände (Abstandserlass)
-RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz -V-3-8804.25.1- vom 06.06.2007

Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung) 1)
1.500	1	1.1 (1)	Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 600 MW übersteigt (§)
I	2	1.11 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zement, Zementklinker, Zementmühlen, Anlagen zur Gewinnung von Rohstoffen und zur gemeinsamen Weiterverarbeitung, ausgenommen Anlagen, die ausschließlich Steine, Erden, Kalkstein, Dolomit, Gips, Mineralölraffinate (§)
	3	3.2 (1) a)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen mineralischen Bindemitteln, Schwabbeln, Schleifkörpern, Asbestzement oder Asbestfaserstoffen (§)
	4	4.4 (1)	Anlagen zur Herstellung von Kohlenwasserstoffen mit einer Kohlenstoffzahl von 3 oder mehr in Stoffen (*) (s. auch Rd. Nr. 90)
1.000	5	1.14 (1)	Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle oder bituminösem Schiefer
I	6	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen mineralischen Bindemitteln, Schwabbeln, Schleifkörpern, Asbestzement oder Asbestfaserstoffen mit mehr als 100 Tonnen je Tag (s. auch Rd. Nr. 90)
	7	3.1 (1)	Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Erzen
	8	3.2 (1) b)	Anlagen zur Herstellung von Eisen-, Stahl- oder Temperguß (ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erzeugnissen) mit einer Stahlrohmasse von mehr als 2,5 Tonnen oder mehr als 2,5 Tonnen oder mehr in Stunde (§)
	9	3.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Nichteisenmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen einschl. Aluminiumhütten (§)
	10	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung von Rohren, Profilen, Drähten oder Bändern aus Metall im Preßv. (z. B. Containex) (*) (s. auch Rd. Nr. 99)
	11	3.19 (1)	Anlagen zur Herstellung von Metallpulver, Schleifkörpern oder -massen u. auch mit Preßv. (*) (s. auch Rd. Nr. 97)
	12	4.1 (1) c), d)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von schwefelhaltigen Kohlenwasserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonstigen anorganischen Verbindungen (§)
II	13	4.1 (1) g)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Verbindungen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang (§)
	14	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern (s. auch Rd. Nr. 90) (§)
	15	4.1 (1) i)	Anlagen zur Herstellung von Gasen wie Ammoniak, Chlor und Salzsäure durch Destillation, Rektifikation oder chemische Behandlung, Schwefelverbindungen, Stickstoffoxiden, Wasserstoff, Schwefeldioxid, Phosgen (§)
	16	4.1 (1) l)	Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Pflanzenschutzmittel und von Bioziden (§)
	17	4.1 (1) k)	Anlagen zur Herstellung von Arzneimitteln durch chemische Umwandlung (Mineralöl-Raffinerien) (§)
	18	6.3 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Holzfaserplatten, oder Holzfaserdämmplatten
	19	7.12 (1)	Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagerung von Abfällen und sonstigen Stoffen, Gegenständen in Verbrennungsanlagen (s. auch Rd. Nr. 200)
	20	10.15 (1+2)	Offene Prüfstände für oder mit Verbrennungsmotoren mit einer Feuerungswärmeleistung ab insgesamt 300 Kilowatt
	21	10.16 (2)	Offene Prüfstände für oder mit Luftschrauben, auch Rd. Nr. 101)
	22	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlgußkonstruktionen im Freien (*)
700	23	1.1 (1)	Kraftwerke und Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung mehr als 150 MW/h bis max. 600 MW beträgt, auch Biomasseheizkraftw. (§)
	24	1.12 (1)	Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Steinkohlenteerpech
	25	2.3 (1)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Zementklinker
	26	2.4 (1+2)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Schamotte
	27	3.2 (1b)	Elektrostahlwerke, Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogenöfen (Elektrostahlwerke), Anlagen zum Gießen von Stahl (s. auch Rd. Nr. 40)
	28	3.4 (1)	Automobil-, Lkw-, Motorradwerken, Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren (*)
	29	4.1 (1) a), d), e)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasserstoffen einschl. stickstoff- oder phosphorhaltige Kohlenwasserstoffe (§)
III	30	4.1 (1) f)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von 3D Magnesit oder mehr Stoffkonzentrationen mit einer Chargenmenge von mehr als 10 Tonnen je Tag oder mit einer Produktionskapazität von mehr als 10 Tonnen je Tag (§)
	31	4.1 (1) m)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Säuren, Basen, Salzen
	32	4.1 (1) n)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor-, stickstoff- oder halogenhaltigen Düngemitteln
	33	4.6 (1)	Anlagen zur Herstellung von Ruß (§)
	34	8.8 (1)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von
	35	8.10 (1)	Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 50 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag (s. auch Rd. Nr. 71)
	36	-	Anlagen zur Herstellung von Kunststoffen, Kunstharzen, Kunstfasern, Kautschuk, Synthesekautschuk (z. B. Hochdruckpolyäthylen, Freistrahlreaktoren (*) (s. auch Rd. Nr. 160)
500	37	1.1 (1)	Kraftwerke, Heizofenwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 50 MW bis 150 MW beträgt, auch Biomasseheizkraftwerke (§)
		8.2 (1) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozeßwärme, Kälte oder Kraftstoffen durch Nutzung von Abfallstoffen ohne Holzschutzmittel oder Beschichtungen von halogenorganischen Verbindungen mit einer Feuerungswärmeleistung von 30 Megawatt oder mehr
	38	1.8 (2)	Stoffdomspeicheranlagen mit einer Gesamtspeicherkapazität von mehr als 200 Tonnen oder mit einer Umschlagleistung von mehr als 1000 Tonnen je Tag (§)
	39	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle
	40	1.10 (1)	Anlagen zum Erschmelzen von Braun- oder Steinkohle
	41	2.8 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Glas oder Glasfasern durch soweit es nicht unter Nr. 2.9 fällt
	42	2.11 (1)	Anlagen zum Schmelzen von mineralischen Stoffen einschl. Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern
	43	2.13 (2)	Anlagen zur Herstellung von Steinen, Mörtel oder Strailenbaustoffen unter Verwendung von Zement (*)
	44	2.15 (1)	Anlagen zum Brechen, Trocknen, Schmelzen von Mischungen aus Stoffen oder Teil mit Mineralstoffen (Feuerfestmischungen)
			Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teermischanlagen mit einer Produktionsleistung von 200 t oder mehr je Stunde (s. auch Rd. Nr. 99)
	45	3.6 (1+2)	Anlagen zum Schmieden mit Gas-Luft (Warmwasser) und Metallen, ausgenommen Anlagen zum Walzen von Kaltband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)
	46	3.2 (1) b) 3.7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Industrieöfen, Eisen-, Tempen- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t oder mehr in Stunde (s. auch Rd. Nr. 11 und 27)
	47	3.15 (1+2)	Schmiede-, Hammer- und Pressenwerke (*)
	48	3.16 (1)	Anlagen zur Herstellung von warmgefertigten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)
	49	4.1 (1) b)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von ausreinfreithaltigen Grundstoffen, Polymeren, Fasern auf Holzstoffbasis)
	50	4.1 (1) c)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Basisbaumaterialien (Grundstoffen, Polymeren, Fasern auf Holzstoffbasis)
	51	4.1 (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischen Kautschuk (§)
	52	4.1 (1)	Anlagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von Ausgangsstoffen für Farben und Anstrichmittel (§)
	53	4.6 (2)	Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmierseife, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle (§)
	54	4.7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Arzneimitteln, Impfstoffen, Sera, Desinfektionsmitteln, Tierkörperbeseitigungsanstalten (§)
	55	4.8 (2)	Anlagen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 3 oder mehr je Stunde (§) (s. auch Rd. Nr. 105)
	56	5.1 (1)	Anlagen zum Trocknen von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der dazugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 150 Kilogramm oder mehr je Stunde oder von 200 Tonnen oder mehr je Jahr
	57	5.2 (1)	Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschieren, Lackieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnenförmigen Materialien einschließlich der dazugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunstharzen, soweit die Menge dieser Harze 25 Kilogramm oder mehr je Stunde beträgt (§)
IV	58	5.5 (2)	Anlagen zum Imprägnieren von Oberflächen von Stoffen oder Gegenständen mit Wachsen oder Wachsgemischen (*)
	59	5.9 (2)	Anlagen zur Verwendung von Chemikalien unter Verwendung von phenol-, kresol- oder formaldehydhaltigen Bindemitteln (*)
	60	7.3 (1+2) a) und b)	Anlagen zum Brennen von Ziegeln oder keramischen Erzeugnissen, ausgenommen Anlagen zum Brennen von Kaffee - Energieverbrauch, Gemische, Kakaobohnen oder Nüssen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne gerösteten Erzeugnissen oder mehr je Tag (§)
	61	7.9 (1)	Anlagen zur Herstellung von Fertigteilen und Formstücken aus Beton, Betonwerkstein oder Gasbeton mit einer Produktionsleistung von 10 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag
	62	7.15 (1)	Anlagen zur Herstellung von Asphaltmischgut, ausgenommen Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von - Fabrikmischen, in denen je Woche weniger als 1000 Tonnen Asphaltmischgut erzeugt werden
	63	7.16 (1)	- Anlagen, die nicht durch Nr. 11 erfaßt werden
	64	7.19 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Sauerkraut mit einer Produktionsleistung von 10 Tonnen oder mehr Sauerkraut je Tag (s. auch Rd. Nr. 70)
	65	7.21 (1)	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag (§)
	66	7.23 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln aus tierischen Rohstoffen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne Fertigerzeugnisse oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
	67	7.24 (1)	Anlagen zur Herstellung von Futtermitteln, Futtermittelzusätzen oder -substanzen aus tierischen oder pflanzlichen Erzeugnissen
	68	8.1 (1) a)	Anlagen zur Verwertung oder Beseitigung fester, flüssiger oder gasförmiger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren
	69	8.3 (1+2)	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Stahlwerksschlacken für die Gewinnung von Metallen oder Metallverbindungen im